



I. Integrierte Wirtschafts- und Industriepolitik ausbauen

Deutschland braucht eine integrierte Wirtschafts- und Industriepolitik, die Innovationen fördert. Durch weitere schrittweise Entlastungen der Unternehmen auf ein international vergleichbares Niveau soll der Investitions- und Innovationsstandort Deutschland gestärkt werden. Hierzu sind wettbewerbsfähige Energiekosten und eine sichere Energieversorgung unerlässlich.

Unternehmensbesteuerung modernisieren

Die Vermögenssteuer darf nicht wieder, eine Vermögensabgabe nicht neu eingeführt und die Erbschaftsteuer nicht verschärft werden. Um die Innenfinanzierung und Eigenkapitalbasis von Unternehmen zu stärken, muss die Unternehmensbesteuerung weiter modernisiert werden: Substanzbesteuernde Elemente müssen aus der Gewerbesteuer gestrichen, ein neues Gruppenbesteuerungssystem eingeführt, die Thesaurierungsbegünstigung weiterentwickelt, die Kooperation mit der Finanzverwaltung verbessert und die Steuerbürokratie weiter abgebaut werden.

Innovationsförderprogramme für den Mittelstand

Flexibel nutzbare, breitenwirksame und themenoffene Innovationsförderprogramme für den Mittelstand sind zu stärken. Mit der steuerlichen Forschungsförderung auf Basis der Förderung von Aufwendungen für Personal in Forschung und Entwicklung (FuE) muss begonnen werden. Die industrielle Gemeinschaftsforschung und das Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand sind weiter am Bedarf der forschenden Unternehmen auszurichten.

Bankenunabhängige Finanzierungsoptionen

Zur Sicherung der effizienten Finanzierung und des Risikomanagements des Mittelstands sind überzogene regulatorische Finanzierungsvorgaben zu vermeiden. Weitere bankenunabhängige Finanzierungsoptionen sind über die Festigung der Märkte für Mittelstandsanleihen zu sichern. Über den Ausbau des Verbriefungsmarktes für Handels- und Leasingforderungen muss der indirekte Kapitalmarktzugang unterstützt werden.

Rahmenbedingungen

Zur Unterstützung von Investitions- und Innovationsvorhaben, Existenzgründungen, Unternehmensnachfolgen und -umstrukturierungen sollen die steuerlichen und institutionellen Rahmenbedingungen für die Beteiligungsfinanzierung verbessert werden, z. B. über ein „Private-Equity-Gesetz 2.0“. Der Börsenzugang für mittelständische Unternehmen ist unter anderem über mittelstandsgerechte Zulassungsvoraussetzungen und mehr Satzungsfreiheit für Aktiengesellschaften zu erleichtern.

Energiewende und Wettbewerbsfähigkeit

Um die Wettbewerbsfähigkeit der Industrieunternehmen in Deutschland zu erhalten und die Investitionssicherheit zu verbessern, muss der durch Steuern und Abgaben hervorgerufene Anstieg der Energiekosten begrenzt und zurückgeführt werden. Die Industrie steht auch deshalb geschlossen hinter den Befreiungen Ihrer stromintensiven Mitglieder.

Zielkonflikte in der Energie-, Klima- und Umweltpolitik

Um schädliche oder unvereinbare Anforderungen an Unternehmen zu vermeiden, müssen Zielkonflikte aufgelöst werden. Widersprüchliche Anforderungen müssen schon in den Rechtsvorschriften z. B. der Ressourcen-, Chemikalien- und Energiepolitik aufgelöst werden. Sie dürfen nicht einfach den Unternehmen als weitere Belastung aufgebürdet werden.

Nachfrageorientierte Instrumente

Die Instrumente zur Außenwirtschaftsförderung (AWF) müssen nachfrageorientiert ausgerichtet, krisenfester gestaltet und an die Herausforderungen der Globalisierung angepasst werden. Die Wirtschaftsverbände müssen enger in die thematische und regionale Fokussierung der Instrumente eingebunden werden.

II. Grundlagen der Industrie sichern

Die Investitions- und Standortbedingungen in Deutschland müssen weiter verbessert werden. Nur so können zusätzliche Investitionen aus dem In- und Ausland stimuliert werden und die deutsche Industrie das enorme weltweite Wachstumspotenzial stärker nutzen. Wachstum und Konsolidierung gehören zusammen. Es ist dringend notwendig, öffentliche Haushalte in Deutschland qualitativ zu konsolidieren, d. h. konsumtive zu investiven Ausgaben umzuschichten.

Gesellschaftliche Akzeptanz

Wir brauchen eine größere gesellschaftliche Akzeptanz für Industrie, Investitionen und Innovationen. Zu diesem Zweck muss die Politik gemeinsam mit Gesellschaft und Industrie ein ganzheitliches Konzept erarbeiten. Erfolgreiche Ansätze wie z. B. der Bürgerdialog zu Zukunftstechnologien müssen ausgebaut werden.

Forschungsförderung

Die wirtschaftsrelevante Forschungsförderung muss wertschöpfungsorientiert ausgerichtet werden. Politik und Industrie müssen gemeinsam technologische Leitbilder und Hightech-Szenarien erarbeiten. Die Hightech-Strategie ist dafür weiter zu einer kohärenten staatlichen Innovationspolitik auszubauen. Die Bundesregierung muss weiterhin Forschung und Entwicklung technologieoffen fördern.

Konsistenz

Die Bundesregierung muss sich deutlich stärker für die Konsistenz der energie-, klima- und umweltpolitischen Instrumente (z. B. EU ETS, Ausbau der erneuerbaren Energien, Energieeffizienzsteigerung, Luftqualitätsvorgaben) einsetzen. Das EU-2050-Klimazielen und die deutsche Energiewende sind inhaltlich miteinander verbunden. Die EU-Kommission und die Bundesregierung sind gefordert, klare und berechenbare Gestaltungsprozesse auf den Weg zu bringen. Hingegen ist die Einführung von spezifischen Klimaschutzgesetzen in einzelnen Bundesländern ineffizient und muss vermieden werden. Energieeffizienzpotenziale in Gebäuden sollen durch steuerliche Anreize besser genutzt werden.

Infrastruktur

Die Infrastruktur der Verkehrs-, Energie- und Kommunikationsnetze muss modernisiert und ausgebaut werden. Projekte müssen nach Nutzen-Kosten-Gesichtspunkten priorisiert werden. Durch eine frühzeitigere und kontinuierliche Information und Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger soll die Akzeptanz von Planungs- und Genehmigungsverfahren verbessert werden. Indes können Plebiszite die gemeinsame Konsenssuche und die volkswirtschaftliche Relevanz nicht hinreichend abbilden. Planungsunterlagen für Infrastrukturmaßnahmen sind verständlicher darzustellen und besser zugänglich zu machen. Hierfür soll E-Government stärker genutzt werden. Infrastrukturprojekte müssen verlässlich

finanziert sein. Zügigere Planungsverfahren nutzen wenig, wenn die Mittel für die Umsetzung fehlen. Deshalb setzt eine schnellere Realisierung auch eine bessere Finanzierung voraus. Viele Infrastrukturinvestitionen können durch die Beteiligung privaten Kapitals über öffentlich-private Partnerschaften schneller und günstiger realisiert werden.

Verkehrsträger

Verkehrsträger sind besser zu vernetzen. Insbesondere durch intelligente Verkehrssysteme können die Schnittstellen zwischen den Verkehrsträgern optimiert werden. Wir wollen, dass Mobilität nachhaltiger wird und zugleich erschwinglich bleibt. Erfolgreiche Instrumente wie die Spreizung der Lkw-Maut und der Flughafenentgelte müssen weiterentwickelt werden. Die Empfehlungen der Nationalen Plattform Elektromobilität (NPE) sind zeitnah umzusetzen.

Umweltverträglichkeitsprüfungen

Bei Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVP) sind Doppelungen zu vermeiden. Raumordnerische Feststellungen sind in Planfeststellungsverfahren zu integrieren. Die Vorschriften zur Umweltverträglichkeitsprüfung dürfen nicht ausgeweitet werden, da insbesondere Energiewende und Infrastrukturinvestitionen nicht durch weitere bürokratische Hürden belastet werden dürfen.

Modernes Breitband & Cloud-Computing

Modernes Breitband muss flächendeckend ausgebaut werden. Weil Breitband die Basis für intelligente Netze und grundlegende Innovationen ist, muss die Regulierung zugleich Wettbewerb und Investitionen fördern. Neue staatliche Verpflichtungen sind ungeeignet, den Ausbau voranzutreiben. Cloud-Computing soll gestärkt werden. Um das große Potenzial neuer Anwendungen zu nutzen, sind Fragen zur Sicherheit, zum Datenschutz, zur Zertifizierung und zur Interoperabilität zügig zu klären.

III. Wirtschaftliche Freiheiten bewahren

Das Wirtschaftsrecht muss wieder stärker an Kriterien wie Wettbewerbs-, Wachstums- und Innovationsfreundlichkeit ausgerichtet werden, um der Industrie günstige Rahmenbedingungen für die Bewältigung der Krise und der Herausforderungen der Globalisierung zu bieten.

Fairer Wettbewerb

Steuerliche Ungleichbehandlung und fehlendes Konkursrisiko verzerren den Wettbewerb zwischen privaten Anbietern und der öffentlichen Hand. Diese Ungleichbehandlung muss abgebaut werden. Ein fairer Wettbewerb sowie gleiche Rahmenbedingungen für private und öffentliche Anbieter sind in allen Wirtschaftsbereichen zu gewährleisten, z. B. muss das Kreislaufwirtschaftsgesetz so geändert werden, dass getrennt gesammelte Abfälle im Wettbewerb verwertet werden und die daraus gewonnenen Sekundärrohstoffe wieder in den Wirtschaftskreislauf fließen.

Corporate Governance Kodex

Der Deutsche Corporate Governance Kodex ist wirkungsvoll und findet bei den Unternehmen große Akzeptanz. Maßstäbe für unternehmensinterne Entscheidungen wie die angemessene Beteiligung von Frauen in Aufsichtsräten oder eine angemessene Vorstandsvergütung sollten deshalb im Kodex und nicht per Gesetz geregelt werden. Der Gesetzgeber soll das Beschlussmängelrecht reformieren, die Übertragung von GmbH-Anteilen vereinfachen und Lizenzen insolvenzfest ausgestalten.

Verbraucherrecht

Verbraucherrecht ist immer nur in den Sektoren sinnvoll, wo Anbieter und Verbraucher vertragliche Beziehungen haben können. Einen Schadensausgleich kann der Endverbraucher schon jetzt auf den dafür vorgesehenen Rechtswegen erwirken. Auf einen Direktanspruch und auf Sammelklagen soll daher verzichtet werden. Bei der Nutzenbewertung und Preisbildung von Arzneimitteln und Medizinprodukten ist mehr Transparenz notwendig. Schnellere Prüfverfahren sind sicherzustellen. Medizinische Innovationen sollen den Patienten rasch zur Verfügung gestellt werden.

Wirtschaftsschutz & Cybersicherheit

Industrie und Politik sollen eine „Allianz für Wirtschaftsschutz“ gründen. Diese Allianz soll ein Gesamtkonzept zur kohärenten Ausgestaltung eines zukunftsweisenden Wirtschaftsschutzes in Deutschland – ein „Nationales Konzept für Wirtschaftsschutz“ – ausarbeiten und umsetzen.

Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Sicherheitsindustrie und das nationale Know-how in Cybersicherheit müssen gestärkt werden. Mittelstandsgerechte, nationale und europäische Forschungsprogramme für zukunftsweisende Systeme der Cybersicherheit sind fortzuführen und auszubauen.

IV. Europäischen Industrieraum stärken

Die Strukturreformen in Europa müssen konsequent umgesetzt und die nationalen Haushalte nachhaltig konsolidiert werden. Die Konsolidierung der Haushalte - vor allem die Umschichtung von konsumtiven zu investiven Ausgaben ist die Basis für Wachstum in Europa. Für zusätzliche Impulse müssen marktkonforme Anreize für Investitionen gesetzt und Investitionshemmnisse systematisch abgebaut werden.

Der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM)

Um unsolider Haushaltspolitik vorzubeugen, müssen die Überwachung nationaler Haushalte durch die Europäische Kommission verstärkt, Finanzhilfen auf Grundlage realer Sicherheiten strikt konditioniert werden. Der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) soll bei Umschuldungen von Zahlungsunfähigkeit bedrohter Staaten eine aktive Koordinierungsrolle übernehmen und wird in die Kontrolle der Spar- und Reformauflagen eingebunden werden. Die politische Unabhängigkeit des ESM muss sichergestellt werden, insbe-

sondere auch durch Einschränkung der Stimm- und Nominierungsrechte für Staaten, die Hilfgelder aus dem Fonds in Anspruch nehmen.

Der ESM muss eng mit der Europäischen Investitionsbank und den EU-Strukturfonds verzahnt werden. Die Strukturfonds sollen stärker Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit in den Krisenländern fokussiert werden. In der Regulierungsagenda müssen der Aufbau einer Europäischen Bankenaufsicht, effektive Regeln für systemrelevante Institute und

die Schaffung eines gemeinschaftlichen Rechtsrahmens für die Bankenrestrukturierung und –abwicklung Priorität haben.

Europäische Bankenaufsicht

Auch als Voraussetzung für eine direkte Rekapitalisierung der Banken durch den ESM wird für alle großen und systemrelevanten Banken der Euro-Zone die Europäische Bankenaufsicht unter dem Dach der Europäischen Zentralbank (EZB) angesiedelt. Die kleineren Banken verbleiben unter nationaler Aufsicht. Um Zielkonflikte zu vermeiden, die zu Lasten der geldpolitischen Unabhängigkeit und des Stabilitätsauftrags der EZB gehen könnten, soll eine strikte organisatorische Trennung vorgenommen werden.

Internationale Finanzmarktregeln

Um Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden, sollen neue internationale Finanzmarktregeln möglichst einheitlich und zeitgleich umgesetzt werden. Ein tragfähiger Ordnungsrahmen für die globalen Kapital- und Finanzmärkte ist unverzichtbar. Regulatorische Fehlsteuerungen, die die Finanzierung und das Risikomanagement der Unternehmen verteuern, sind zu vermeiden.

Die Harmonisierung der gewerblichen Schutzrechte in Europa muss zeitnah abgeschlossen werden. Dies ist gerade für den innovativen Mittelstand Voraussetzung für eine internationale Geschäftstätigkeit.

V. Globalisierung gestalten

Die weltweite Handels- und Investitionsfreiheit ist eine Grundbedingung für den Erfolg der deutschen Wirtschaft auf den globalisierten Märkten. Deshalb muss die deutsche Politik allen protektionistischen Maßnahmen entschlossen entgegentreten.

Liberalisierung

Da die Erklärungen der G20-Staaten zum Protektionismus-Stopp leider immer weniger Beachtung finden, müssen die G20 zukünftig konsequenter handeln. Gleichzeitig müssen protektionistische und bürokratische Ansätze der EU, wie z. B. im öffentlichen Auftragswesen, verhindert werden. Die in der Doha-Runde verhandelten Handelserleichterungen und der Mechanismus für nichttarifäre Handelshemmnisse (NTB-Mechanismus) sollen so bald wie möglich beschlossen werden. Erfolgversprechende Formate für die Verhandlung neuer Liberalisierungsschritte sind voranzutreiben.

Welthandelsorganisation (WTO)

Die Welthandelsorganisation (WTO) muss weiterentwickelt werden. Dazu müssen unerledigte bzw. neue Themenfelder wie Wettbewerb und Exportrestriktionen geregelt, Entscheidungsprozesse beschleunigt, der Streitschlichtungsmechanismus reformiert, Rechte der WTO beim Monitoring protektionistischer Maßnahmen ausgeweitet sowie bilaterale und regionale Freihandelsabkommen (FTAs) überprüft werden.

Europäische Handelsstrategie

Die EU muss ihre Handelsstrategie in enger Abstimmung mit der Wirtschaft umsetzen. Dies beinhaltet vor allem die zügige Ratifizierung, Implementierung und Überwachung der Verpflichtungen von FTAs.

Rohstoffversorgung

Um die Rohstoffversorgung der Unternehmen zu verbessern, muss sich die Politik im bilateralen Dialog über die WTO und die G20 konsequent für den Abbau von Handels- und Wettbewerbsverzerrungen einsetzen. Um den Zugang zu den – standortgebundenen – heimischen Rohstoffen zu gewährleisten, ist das Ziel „Rohstoffsicherung“ in Raumordnung und Landesplanung gleichrangig mit ökologischen und sozialen Belangen zu berücksichtigen.

Handelspartner

Mit strategischen Partnern wie den USA und Japan ist die politische Bereitschaft zu einer ambitionierten Marktöffnung Voraussetzung für Verhandlungen. Ziel soll der Abschluss eines umfassenden Wirtschafts- und Handelsabkommens mit den USA in der nächsten Legislaturperiode sein. Mit Japan sollte der Blick auf einen gleichgewichteten Marktzugang in allen Sektoren gerichtet sein. China und Russland müssen zügig zur vollständigen Umsetzung ihrer Beitrittsverpflichtungen veranlasst werden. Dies beinhaltet u. a. den Beitritt zum Government Procurement Agreement (GPA) zu ambitionierten Konditionen. Abschlüsse mit aufstrebenden Wirtschafts- und Handelsmächten sollen weiter mit Nachdruck angestrebt werden. Die Bedingung für einen Abschluss muss sein, dass langfristig alle Industriezölle abgebaut werden und sämtliche Industriebranchen der EU profitieren.

Internationale Rechtsstandards & Finanzmarktregeln

Die Globalisierung erfordert international einheitliche Rechtsstandards beim Schutz geistigen Eigentums. Hierzu ist ein intensiver Dialog gerade mit den Schwellen- und Entwicklungsländern erforderlich. Der Schutz geistigen Eigentums muss in internationalen Abkommen fest verankert werden.

Die Sicherung des Marktzugangs und der Schutz europäischer Investitionen im Ausland muss zentrales Anliegen der europäischen Politik werden, ohne den durch bilaterale Verträge bestehenden Schutz auch deutscher Investitionen zu senken.